

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Ver-
kehr, Energie und Kommunikation UVEK
Herr Bundesrat Albert Rösti
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Hinweis: Dieser Text wurde mit Microsoft Copilot automatisch ins Deutsche übersetzt. Für das Originaldokument wählen Sie bitte Französisch aus (Sprachwechsel am unteren Seitenrand).

Bern, 14. Oktober 2026

Vernehmlassung zur Teilrevision des Postgesetzes (PG) und des Postorganisationsgesetzes (POG)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Rösti
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu den beiden Vorentwürfen zur Änderung des Postgesetzes (PG) und des Postorganisationsgesetzes (POG) Stellung zu nehmen. Der Personalverband transfair vertritt in der Branche Post/Logistik die Interessen der Tausenden von Mitarbeitenden, die von diesen Entwürfen betroffen sind. Wir erachten es als wesentlich, dass das Personal bei dieser Modernisierung der Schweizerischen Post tatsächlich berücksichtigt wird.

Grundsätzlich unterstützt transfair eine regelmässige Anpassung des gesetzlichen Rahmens an die gesellschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Die Modernisierung der Post darf jedoch weder den Abbau des Service Public noch eine Schwächung der Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen bedeuten. Die Grundversorgung ist ein gesellschaftlicher Entscheid und nicht bloss eine wirtschaftliche Variable. Bevölkerung, Parlament, Kantone, Gemeinden und Sozialpartner müssen weiterhin einen entscheidenden Einfluss auf ihre Ausgestaltung haben. Der Vorschlag des Bundesrates analysiert zwar die Folgen für die Post, den Wettbewerb und die Finanzen, vernachlässigt aber weitgehend die Menschen, welche die angepassten Leistungen erbringen werden. transfair fordert, dass die Auswirkungen auf Beschäftigung, Berufsbilder, Arbeitsbelastung, Gesundheit und Qualifikationen vor jeder Anpassung beurteilt werden. Im Hinblick auf die vom

Bundesrat vorgeschlagenen Entwürfe formulieren wir sieben zentrale Forderungen für das Personal:

1. Zehn Jahre Stabilität gewährleisten

Der Entwurf des PG garantiert zunächst das heutige Niveau der Grundversorgung und ermöglicht anschliessend deren Anpassung, wenn bestimmte Nachfrageschwellen überschritten werden. Eine nur bis ungefähr 2030 befristete Garantie ist viel zu kurz. Die Post befindet sich bereits in Reorganisationen, baut Stellen ab und durchläuft einen tiefgreifenden digitalen Wandel. Eine neue rechtliche Unsicherheit würde die Umstrukturierungen beschleunigen und Arbeitsplätze gefährden, noch bevor eine Anpassung formell beschlossen wäre. **transfair fordert, dass Umfang und Qualität der heutigen Grundversorgung während zehn Jahren ab Inkrafttreten des revidierten Gesetzes garantiert werden.** Während dieses Zeitraums darf kein Stellenabbau mit der Erwartung einer künftigen Reduktion des Auftrags begründet werden.

2. Jede Anpassung dem Parlament und den betroffenen Kreisen unterbreiten

Der im PG vorgesehene Anpassungsmechanismus stützt sich hauptsächlich auf die Entwicklung von Mengen wie Briefen, Paketen, Zeitungen und Bareinzahlungen. Diese Indikatoren messen die Nachfrage, nicht aber den gesellschaftlichen Nutzen einer Leistung. Ein Service Public besteht gerade darin, unverzichtbare Leistungen auch dann zu gewährleisten, wenn sie wenig rentabel sind oder wenig genutzt werden. Der Entwurf gibt der Post die Möglichkeit, eine Reduktion zu beantragen, und dem Bundesrat die Befugnis, darüber zu entscheiden. Das Parlament und die direkt betroffenen Kreise bleiben aussen vor. Dieses System konzentriert die Entscheidung beim Alleinaktionär und dem betroffenen Unternehmen. **transfair lehnt jede automatische oder ausschliesslich auf wirtschaftlichen Schwellenwerten beruhende Anpassung ab.**

Der neue Art. 14a des Vorentwurfs zum PG würde es dem Bundesrat ermöglichen, bei Erreichen der Nachfrageschwellen insbesondere von den Anforderungen nach Art. 14 Abs. 5 und 6 abzuweichen. Damit könnten künftig die Akteure ausgeschlossen werden, welche die lokalen Bedürfnisse kennen, und eine Reihe von Schliessungen würde erleichtert. **Jede Reduktion der Grundversorgung muss vom Parlament beschlossen werden. Die Kantone, die Gemeinden und die anerkannten Sozialpartner müssen formell konsultiert werden.** Vor jeder Entscheidung sind die Folgen für die Beschäftigung, die Arbeitsbedingungen, die regionale Erreichbarkeit, die digitale Inklusion und die Qualität der Leistungen nachzuweisen. Die PostCom muss eine verbindliche Empfehlung abgeben können, wenn die Erreichbarkeit oder die Qualität der Grundversorgung gefährdet sind. **transfair unterstützt hingegen die Pflicht, Leistungen für Personen sicherzustellen, die digitale Technologien nicht nutzen können. Diese Pflicht muss konkret sein: Für jede wesentliche digitale Leistung muss eine gleichwertige, zugängliche und erschwingliche physische Lösung zur Verfügung stehen.**

3. Verhindern, dass das gesetzliche Minimum zur Norm wird

Der Vorentwurf definiert einen Mindestumfang, der nach Aktivierung des Anpassungsmechanismus garantiert bliebe (Art. 14b E-PG und Art. 32 PG). Dieser Mindestumfang ist jedoch zu schwach. Ein übermässig tiefes Minimum schützt die Grundversorgung nicht, sondern setzt das nächste Sparziel. Der Wegfall der Verpflichtung, physische Filialen zu unterhalten, würde wohnortnahe Arbeitsplätze beseitigen und den Kompetenzverlust im PostNetz beschleunigen. Zudem würden noch mehr Beratungsaufgaben auf digitale Lösungen oder externe Partner verlagert, ohne Garantie gleichwertiger Arbeitsbedingungen. **transfair fordert die gesetzliche Beibehaltung eines substanziellen Netzes von Filialen, die von der Post mit eigenem Personal betrieben werden.** Wesentliche Post- und Finanzdienstleistungen müssen in allen Regionen physisch zugänglich bleiben.

4. Beschäftigung, Kompetenzen und Arbeitsbedingungen schützen

Die Reduktion der Leistungen, die Zentralisierung der Briefkastenanlagen, die Digitalisierung und das hybride System können das Arbeitsvolumen in der Zustellung, in den Filialen und im Zahlungsverkehr verringern. Diese Effizienzgewinne dürfen nicht in Stellenabbau, unrealistische Touren oder zusätzliche Belastungen für das verbleibende Personal umgewandelt werden. Jede Änderung der Grundversorgung muss von einem mit den Sozialpartnern ausgehandelten Sozial- und Berufsplan begleitet werden. **Entlassungen dürfen erst in Betracht gezogen werden, nachdem sämtliche Möglichkeiten der natürlichen Fluktuation, der internen Versetzung, der Umschulung und der Weiterbeschäftigung im Konzern ausgeschöpft sind. Effizienzgewinne müssen in Ausbildung, Gesundheit, Entlastung bei der Arbeitsbelastung und den Erhalt von Arbeitsplätzen reinvestiert werden.** Neue Profile im Zusammenhang mit hybrider Zustellung, Datensicherheit, digitaler Identifikation und Beratung müssen innerhalb des Postkonzerns entwickelt werden. **Digitales Know-how und sensible Aufgaben müssen in der Schweiz bleiben und dem Personal übertragen werden, das von Arbeitsbedingungen gemäss den GAV des Konzerns profitiert.**

Darüber hinaus darf die Post ihre Effizienzgewinne nicht durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen, Daten und Kompetenzen in Länder mit tieferen Löhnen finanzieren. Offshoring vermindert die beruflichen Perspektiven in der Schweiz, beseitigt Lehrstellen und schwächt die Beherrschung von Funktionen, die für den Service Public unverzichtbar sind. **transfair fordert, dass das POG die Post und ihre Tochtergesellschaften verpflichtet, die für die Grundversorgung, die Cybersicherheit und die Verarbeitung sensibler Daten erforderlichen Arbeitsplätze und Kompetenzen in der Schweiz zu erhalten. Verlagerungen, die hauptsächlich durch Kostensenkungen motiviert sind, müssen untersagt werden.** Jede Auslagerung muss vorgängig auf ihre Auswirkungen auf Sicherheit, Qualität, Beschäftigung und Arbeitsbedingungen geprüft werden. Im Fall einer Auslagerung ist die Einhaltung der in der Branche üblichen Arbeitsbedingungen zwingend zu gewährleisten. Die Revision muss die Ziele der von transfair Anfang September 2026 lancierten Petition gegen Offshoring aufnehmen.

5. Die PostCom stärken

Die Revision überträgt der PostCom neue Aufsichtsaufgaben, ohne ihren Mangel an Mitteln zu beheben. Eine schwache Behörde kann weder die Entwicklung der Grundversorgung noch die Arbeitsbedingungen in einer Branche unter starkem Druck kontrollieren. transfair fordert zusätzliche finanzielle, technische und personelle Ressourcen für die PostCom, damit sie sämtliche ihr übertragenen Aufgaben wirksam wahrnehmen kann. **Die PostCom muss die sozialen Folgen der Anpassungen kontrollieren und nicht nur die Qualitäts- und Marktindikatoren.** Die branchenüblichen Arbeitsbedingungen müssen mindestens alle vier Jahre festgelegt werden, was ebenfalls eine Anpassung von Art. 61 VPG erfordert. Die anerkannten, repräsentativen und zum Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen berechtigten Gewerkschaften müssen zwingend an deren Festlegung beteiligt werden.

6. Die Handlungsfähigkeit der Post bewahren

Die Revision des POG will den Unternehmenszweck präzisieren sowie Übernahmen und Tätigkeiten ausserhalb der Grundversorgung regeln. Transparente Regeln sind legitim, wenn sie Übernahmen ohne Bezug zum öffentlichen Auftrag oder unverhältnismässige finanzielle Risiken verhindern. Ein zu restriktiver Rahmen würde der Post jedoch die für die Finanzierung der Grundversorgung erforderlichen Einnahmen und Kompetenzen entziehen. Er könnte anschliessend als Begründung für weitere Sparmassnahmen und Stellenstreichungen dienen. **transfair fordert, dass jede Einschränkung der Nebentätigkeiten anhand ihrer Auswirkungen auf die Grundversorgung, die Beschäftigung und die internen Kompetenzen beurteilt wird.**

Übernahmen dürfen nicht nur nach ihrer unmittelbaren Rentabilität, sondern müssen auch nach ihrem strategischen Nutzen für die Post und die Schweiz beurteilt werden. **Keine Einschränkung darf zum Abbau tragfähiger Tätigkeiten oder zur Streichung von Arbeitsplätzen ohne interne Lösung führen.** Die Personalvertretungen müssen frühzeitig einbezogen werden, wenn ein Entscheid über eine Übernahme, einen Verkauf oder die Aufgabe einer Tätigkeit Arbeitsplätze gefährdet.

7. Post und PostFinance zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes halten

Für transfair ist es zudem wesentlich, dass der Bund Alleinaktionär der Post bleibt. Eine private Beteiligung, selbst eine Minderheitsbeteiligung, würde den Druck zugunsten von Dividenden, Sparmassnahmen und rasch rentierenden Tätigkeiten erhöhen. Die Interessen des Personals, der Regionen und der Grundversorgung würden mit den Erwartungen privater Investoren in Konkurrenz geraten. Das vollständige Eigentum ermöglicht es dem Parlament und dem Bundesrat, ihre politische Verantwortung klar wahrzunehmen. Es verhindert auch, dass eine wesentliche Infrastruktur schrittweise von privaten Interessen abhängig wird. Diese Garantie muss direkt oder indirekt auch für PostFinance gelten. PostFinance trägt zur finanziellen Stabilität des Konzerns und zur Erbringung der Grundversorgung im Zahlungsverkehr bei. Eine teilweise Privatisierung, ihre Abspaltung

oder Schwächung würde die Fähigkeit des Konzerns vermindern, seine öffentlichen Aufgaben zu finanzieren. Hinsichtlich des zulässigen Tätigkeitsbereichs von PostFinance befürwortet der Personalverband eine Erweiterung, damit das Unternehmen aktiv Kredite, einschliesslich Hypothekarkredite, vergeben kann. **transfair fordert, dass PostFinance im Postkonzern und vollständig in öffentlichem Eigentum bleibt.**

Das Personal ist keine Anpassungsvariable

transfair unterstützt eine Modernisierung, welche die Post und die übrige Branche nachhaltig stärkt. Dies liegt im Interesse des Personals und der darin tätigen Unternehmen. Wir widersetzen uns jedoch einer Flexibilisierung, welche den Nachfragerückgang in ein dauerhaftes Abbauprogramm verwandeln würde. Die Grundversorgung muss eine demokratische Entscheidung bleiben, der gesamten Bevölkerung zugänglich sein und von Personal mit guten Arbeitsbedingungen erbracht werden.

Für transfair muss eine öffentliche Post der Bevölkerung und der Wirtschaft dienen, ihr Personal schützen und die Schweiz stärken – und nicht ihren eigenen Abbau vorbereiten.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unseren Forderungen schenken, und stehen Ihnen für Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Personalverband transfair



Greta Gysin
Nationalrätin & Präsidentin



Kerstin Büchel
Leiterin Branche Post & Logistik